

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Paul-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; am Stück 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen verlangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großpörsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richterberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Förster's Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 124

Mittwoch, den 30. Mai 1928

80. Jahrgang

Montag, den 4. Juni 1928
vormittags 9 Uhr

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

im Gasthause zum Deutschen Hause in Schwepnitz. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus. Amtshauptmannschaft Ramenz, am 29. Mai 1928.

Amtlicher Teil.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Zwischen den Führern der Fraktionen sind unverbindliche Vorbesprechungen über die Regierungsbildung aufgenommen worden. Für den Zusammentritt des Reichstages wird aller Voraussicht nach der 13. Juni in Aussicht genommen. In Erinnerung an die einzige Truppenkassette, die Kaiser Wilhelm III. am 29. Mai 1888 abgehalten hat, ließ der frühere Kaiser Wilhelm gestern nach 40 Jahren einen Kranz am Gedenkstein im Schlosspark von Charlottenburg niederlegen. Wie verlautet, ist der holländische Innenminister gestern zu einer Besprechung mit dem kaiserlichen Kaiser in Dorn eingetroffen. Ministerpräsident Wolbomaras ist am Sonnabend abend aus London nach Kowno zurückgekehrt. Am 2. Juni wird er sich zur Teilnahme an der Völkervereinbarung nach Genf begeben. Marschall Tschangsolin hat seinen Truppen befohlen, die Stadt Tjingtau zu räumen. Die Räumung ist bereits durchgeführt. Die Truppen sind nach Peking abgefordert worden. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund einer Abmachung zwischen Tschangsolin und dem japanischen Oberbefehlshaber in China Marschall Dgatt.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (P. i. n. g. i. s. c. h. i. e. n.) Bei dem Schießen auf die Festscheibe errang sich die Königswürde Herr Friseur August Müller, die Marschallwürde Herr Korbmachermeister Bruno Richter. Nach der heute abend erfolgten feierlichen Einführung der Würdenträger und dem darauf stattfindenden Königsspiel findet das in allen Teilen wohlgelungene Fest sein Ende.

(Die Gefahren der Ausstellung ungedeckter Schecks.) Klagen des Bankgewerbes über das Vorkommen ungedeckter Schecks haben dem Preussischen Justizminister Veranlassung gegeben, auf das Gefährliche solcher Handlungen hinzuweisen. Abgesehen von offensiblen Scheckerschwindelern gibt es Leute, die einen vorbestimmten Scheck ausstellen und hoffen, bis zur Vorzeigung des Schecks noch die nötige Deckung auf ihr Bankkonto bringen zu können. Auch in solchen Fällen kann Verurteilung wegen Betruges erfolgen, wenn der Aussteller eines ungedeckten Schecks dem Empfänger nicht entsprechende Mitteilung gemacht hat, und wenn er nicht nachweisen kann, daß er mit der Möglichkeit rechnen durfte, rechtzeitig Deckung zu beschaffen. Erschwerend wirkt in solchen Fällen auch der Umstand, wenn ein Konto zwar noch besteht, Zahlungen aber seit längerer Zeit schon nicht mehr darauf eingegangen sind. Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der in Frage stehenden Straftaten hat der Minister angeordnet, daß Strafverfahren wegen Scheckerschwindels regelmäßig nicht durch die Amtsanwaltschaften, sondern durch die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten zu bearbeiten sind.

(Zur Beachtung für Turner.) Für die Einreise in das besetzte Gebiet ist, worauf besonders die nach Köln fahrenden Turner aufmerksam gemacht werden, ein Personalausweis mit Lichtbild (also kein Paß), der von Polizeiamt gebührenfrei ausgestellt wird, erforderlich. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß minderjährige Personen, die einen solchen Personalausweis beantragen, der polizeilich beglaubigten Erlaubnis des Erziehungsberechtigten bedürfen. Am einfachsten ist dies für die Eltern und Vormünder, wenn sie persönlich mit zur Paßstelle kommen, wo sie sich ausweisen und die Genehmigung gleich mündlich erteilen.

(Kein einheitliches Fernsprechbuch Dresden—Lausiz.) Wie gemeldet, hat der Vorstand der Dresdner Kaufmannschaft bei der Oberpostdirektion die Ausgabe eines Fernsprechbuchs für Dresden und die Lausiz beantragt, da die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Gebieten so eng seien, daß ein Fernsprechbuch wünschenswert wäre. Hierzu erfährt die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von der Oberpostdirektion, daß diese die Frage wiederholt geprüft hat, ob es zweckmäßig und durchführbar wäre, die Teilnehmer, die jetzt im Fernsprechbuch fürs Bezirksnetz der preussischen und der sächsischen Oberlausiz aufgeführt sind, in die amtlichen Fernsprechbücher für die in Betracht kom-

Vorbesprechungen über die Regierungsbildung

Scharfe Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei

Keine Notlandung der „Italia“ auf der Amsterdam-Insel — Der türkisch-afghanische Freundschaftsvertrag im russischen Lichte

Berlin. Die durch die Presse verbreiteten Meldungen über die Verhandlungen zur Regierungsbildung, und zwar in dem Sinne, als sei die Bildung der Großen Koalition bereits beschlossene Sache, greifen den Ereignissen weit voraus. Zunächst steht noch gar nicht fest, ob eine Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion unter Leitung der Sozialdemokratischen Partei überhaupt bereit ist, eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu machen. Zunächst hat der sozialdemokratische Parteivorstand zum 6. Juni nach Köln den Parteiaus-schuss einberufen, um über die Frage der grundsätzlichen Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung eine Entscheidung herbeizuführen. Die Tagung des Parteiaus-schusses ist abends nach dem Westen verlegt, weil dort der Widerstand gegen die Große Koalition am geringsten ist. Am 6. Juni tritt auch der Parteivorstand und Parteiaus-schuss des Zentrums zusammen, während die maßgebenden Parteinstanzen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wahrscheinlich erst am 10. oder 11. Juni zusammentreten werden. Vorher ist Entscheidendes über die Regierungsbildung nicht zu erwarten.

Zwischen den führenden Abgeordneten der Fraktionen finden Besprechungen in diesen Tagen statt, in denen in unverbindlicher Form über die Bedingungen verhandelt wird, die den Parteieninstanzen für die Bildung der Großen Koalition übermittelt werden sollen.

Die Sozialdemokraten fordern sehr umfassende sozialpolitische Maßnahmen, die Einführung des Achtstundentages, die Nationalisierung des Washingtoner Abkommens, die Neuordnung des Schlichtungswezens im Sinne der Interessen der freien Gewerkschaften. Weiter fordern die Sozialdemokraten Reform der Reichswehr und Amnestie für die „proletarischen Gefangenen“ einschließlich der Kommunisten und unter Ausschluß der rechtsstehenden Verurteilten. Sie fordern vom Zentrum den Verzicht auf das Schulgesetz und lehnen die Bildung der Großen Koalition in Preußen ab, weil dort die Regierung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten eine geringe Mehrheit hat.

Die Deutsche Volkspartei fordert im Gegenteil die Bildung der Großen Koalition in Preußen, wenn sie im Reich zustandekommen soll. Sie fordert weiter den Schutz der Reichswehr vor den Plänen der Sozialdemokratie. Die Deutsche Volkspartei will auch die sozialpolitischen Forderungen nicht ohne weiteres bewilligen und lehnt in der Frage der Amnestie die Forderungen der Sozialdemokraten ab. Das Zentrum und die Demokraten halten sich vorläufig noch zurück.

Unter diesen Umständen ist die Nennung von Namen für die Ministerposten noch verfrüht. Fest steht nur, daß der Plan einer Personalunion zwischen dem Amt des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten an dem Widerstand des Zentrums gescheitert ist, und daß die Demokraten Wert auf das Reichsfinanzministerium legen, während die Deutsche Volkspartei vorläufig neben dem auswärtigen Amt auch an dem Reichswirtschaftsministerium festhält.

Keine Notlandung der „Italia“ auf der Amsterdam-Insel

Rom, 29. Mai. Die heute von der „Brillante“ veröffentlichte Meldung über eine angebliche Notlandung der „Italia“ auf der Amsterdam-Insel hat sich als falsch erwiesen. Die Verbreitung derartiger Meldungen wird von dem halbamtlichen „Giornale d'Italia“ als unverantwortlich zurückgewiesen.

Die „Italia“ etwa 200 Kilometer von Ringsbay entfernt verunglückt?

Kopenhagen, 29. Mai. Wie das geophysische Institut in Tromsø mitteilt, hat am Freitag früh an der Nordwestküste von Spitzbergen ein plötzlich auftretender schwerer

Zyklon geherrscht. Man muß annehmen, daß die „Italia“ in diesen Sturm geraten ist. Das Stadium der letzten Meldungen und die Stärke der Freitag früh aufgefangenen Radiosignale der „Italia“ lassen darauf schließen, daß das Luftschiff etwa 180 bis 200 Kilometer von Ringsbay entfernt von einem Unglück betroffen worden ist. Der Führer der „Citta di Milano“ hat erklärt, daß es mit einem leichten Flugzeug im Laufe weniger Stunden möglich wäre, das Küstengebiet von Spitzbergen zu durchforschen. Die Versuche des Hilfsfahrzeuges werden in Spitzbergen für ziemlich aussichtslos gehalten, da das Packeis jedes weitere Vordringen unmöglich macht. Die Witterung ist andauernd schlecht. Es herrscht dichter Nebel. Der norwegische Flieger Lügöw-Holm hat sich heute nachmittags in Tromsø mit seinem Flugzeug auf der „Hobby“ nach Spitzbergen eingeschifft.

Auch der „Citta di Milano“ droht Gefahr.

Ringsbay. Der norwegische Kapitän der „Citta di Milano“ hat dem Kommandanten des Schiffes geraten, schnellstens wieder nach Ringsbay zurückzukehren, da er sonst jede Verantwortung für das Schiff und die Sicherheit der Besatzung ablehnen muß. Die „Citta di Milano“ ist aus Eisen gebaut und für das Aufstehen auf die Eisflächen nicht geeignet. Das Wetter hat sich sehr verschlechtert. Der Nebel wird noch un durchdringlicher und die Temperatur ist noch tiefer gesunken. Deshalb wären Flugmaschinen kaum von Nutzen bei der Suche nach der Mannschaft der „Italia“.

Der türkisch-afghanische Freundschaftsvertrag im russischen Lichte

Kowno, 29. Mai. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des türkisch-afghanischen Freundschaftsvertrages die größte Beachtung in Sowjetrußland gefunden hätte. Der Vertrag richte sich nach der Auffassung sowjetrußischer Kreise teilweise gegen die russischen Interessen, da die russischen Instrukteure der afghanischen Armee durch türkische Generalsstabsoffiziere ersetzt werden sollen. Andererseits liegt jedoch der Vertrag im Rahmen der russischen Interessen, da er den Anfang für den Block Türkei-Afghanistan-Perfien bilde. Die Türkei stelle sich an die Spitze des mohammedanischen Blocks und suche eine vom Völkerbund und auch von der Sowjetunion unabhängige Politik zu betreiben.

Der „Daily Telegraph“ zum Abschluß des türkisch-afghanischen Freundschaftsvertrages

London, 29. Mai. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt in einer Besprechung des in Angora abgeschlossenen türkisch-afghanischen Freundschaftsvertrages und Nichtangriffspaktes, daß dieser Vertrag tatsächlich in jeder Hinsicht ein Bündnis darstelle, und daß lediglich der Name hierfür fehle. Die Tatsache, daß der Abschluß des Vertrages dem Besuch des Königs Amanullah in Angora folgte, der in Moskau den Abschluß eines ähnlichen Vertrages abgelehnt habe, bedeute für die sowjetrußische Politik eine unangenehme Uebererhöhung und enthalte gleichzeitig die Absicht der Beziehungen zwischen Angora und Kabul.

Erfoste Spannung zwischen Italien und Jugoslawien.

Teilweise blutige Kundgebungen.

Belgrad. Die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien, die täglich durch große Demonstrationen mit Steinwürfen und Angriffen auf Konsulate und Geschäftshäuser zum Ausdruck kommt, kann sich leicht zu einer schweren Krise auswachsen, denn beide Staaten verlangen für die Ausschreitungen Entschuldigungen.

In Split plünderten Demonstranten italienische Geschäftshäuser und stürzten die italienischen Schiffahrtsgesellschaften; sie drangen auch in Privathäuser ein, ohne daß es der Polizei gelang, die Demonstranten von Verwüstungen ab-